

Zur klassenpolitischen Lage nach der Bundestagswahl

Die gegenwärtige Lage für die abhängig Beschäftigten, die RentnerInnen und Bedürftigen ist heute (im Spätherbst 2009) mehr durch die Krise als durch den Ausgang der Bundestagswahl bestimmt. Denn „normalerweise“ (also ohne den Hintergrund der gegenwärtigen tiefen Krise) käme nach einem solchen Wahlausgang (Absturz der SPD um über 11% und komfortable Mehrheit für Schwarz-Gelb) recht schnell ein heftiger Angriff auf die sozialen, rechtlichen und politischen Besitzstände der ArbeiterInnenklasse auf die Tagesordnung.

Sicher hat die neue Regierung schon einige Grausamkeiten angekündigt: Erleichterungen für die Befristung von Arbeitsverträgen, Stärkung der Rechte von Vermietern, Einsparungen bei der Bundesagentur für Arbeit (mit den Auswirkungen auf Umschulungen etc.), Erleichterung bei der Unterschreitung von Tarifverträgen (bis knapp über die Grenze der „Sittenwidrigkeit“), Pauschalierung von Wohnkosten und damit verkappte Kürzung der Regelsätze für ALG II, usw.. Aber vieles davon ist nur vage umrissen und die größeren „Hämmer“ werden vorläufig nicht konkretisiert, sondern zurückgestellt. Selbst an die Kopfpauschale in der Gesundheitsversorgung gehen sie im Moment nicht ran. Zu groß ist ihre Vorsicht. Warum?

Regierung in gewissem Dilemma

Die Regierung ist angesichts des durch die Krise hochschnellenden Haushaltsdefizits (2010 werden es über 100 Mrd. € sein) in einem gewissen Dilemma: Auf der einen Seite möchte sie gerne die Reichen möglichst schnell schon mal um etwa 20 Mrd. € „entlasten“, zum anderen fehlt ihr dazu vorne und hinten das Geld. Der bequemste Weg dafür – die Massensteuern anzuheben und die Zeche auf diesem Weg hauptsächlich durch die Werkstätigen, RentnerInnen und Bedürftigen bezahlen zu lassen – ist aufgrund der starken politischen Festlegung der FDP (mit ihr soll es nur Steuersenkungen und keine Erhöhungen geben) äußerst schwierig.

Unsere Gewerkschaftsführungen sind absolut zahm und gehen nach Möglichkeit jedem Konflikt aus dem Weg. Aber wenn die Mitbestimmungsrechte eingeschränkt würden, der Kündigungsschutz angegangen würde oder der Tarifvorbehalt (§77,3 BetrVG) in Frage gestellt würde, müssten sogar unsere absolut auf Co-Management und Konfliktvermeidung ausgerichteten Gewerkschaftsvorstände aktiv werden. Das aber kann die Regierung zurzeit überhaupt nicht gebrauchen. Denn gerade in dieser tiefen Krise und vor dem Hintergrund der Milliarden für die Banken ist die Ruhe in den Betrieben und in den Gewerkschaften oberstes Gebot. Mindestens also bis zur NRW-Wahl (9. Mai) werden mit größter Wahrscheinlichkeit keine großen Grausamkeiten angekündigt oder die Gewerkschaften offen provoziert.

Engagieren auf 3 Ebenen

Dies ist gleichzeitig für uns, die Arbeiterbewegung und speziell die Aktiven in den Betrieben, den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen, eine gewisse Chance. Engagieren wir uns in der nächsten Zeit auf drei Ebenen: Erstens bei der Unterstützung im Kampf für einen guten Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst. Der Vertrag (Bund und Kommunen) läuft Ende dieses Jahres aus. Hier könnte ein deutliches Signal gesetzt werden, auch für den Metallbereich, gerade nachdem Huber eine Abkehr von der „traditionellen“ Lohnforderung angekündigt hat. Zweitens sollten wir uns in den Gewerkschaften für eine intensive Diskussion zur Aufnahme eines breit angelegten Kampfes zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich einsetzen. Eine Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten ist die einzige wirksame Antwort auf die Erwerbslosigkeit, erst recht in der Krise und erst recht angesichts der gewaltigen Überkapazitäten vor allem im Automobilssektor. Dort muss der Kampf einhergehen mit einer Kampagne für die Umstellung (Konversion) der Produktion auf umweltverträgliche Verkehrsmittel und andere Produkte. Drittens sollten wir in der nächsten Zeit eine breite Kampagne für die Durchsetzung des politischen Streiks führen. Dafür müssen in den Gewerkschaften die Kräfteverhältnisse geändert werden (die IG BAU ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen) und dann muss dieses Recht in der Praxis – durch eine breite Bewegung und Beteiligung – durchgesetzt werden, nicht über Appelle an die Regierenden oder den Bundestag. Die Macht der abhängig Beschäftigten liegt ganz grundsätzlich in den Betrieben und auf der Straße und nur zum aller geringsten Teil in der Wahlkabine.

Jakob Schäfer, Forum Gewerkschaftliche Gegenmacht, Wiesbaden

Netzwerk-Info
extra / November 2009 Gewerkschaftslinker

Bericht & Abschlusserklärung der 11. Konferenz der Gewerkschaftslinker / Oktober 2009 unter:
www.labournet.de/GewLinke

Die Alternative zur Beschaffung der notwendigen Mittel für die Verringerung des Haushaltsdefizits (und für die Beschenkung der Reichen!) ist ein drastischer Sozialabbau. Doch auch an das trauen sie sich zurzeit nicht ran. Zu sehr haben sie Angst vor den möglicherweise politisch verheerenden Folgen, wenn auf der einen Seite den Banken 480 Mrd. € zur Verfügung gestellt werden, und auf der anderen Seite die Bedürftigen bluten sollen. Schon der dramatische Rückgang bei der Wahlbeteiligung um 7% auf 70,8% war ein deutliches Warnsignal. Diese Koalition wurde schließlich nur von 34 % der Wahlberechtigten gewählt.

Keine offene Provokation der Gewerkschaften

Die Regierung wird also in der unmittelbaren Zukunft alles vermeiden, was die Gewerkschaften provozieren würde.

Berthold Huber und der Lohnverzicht

Die Diskussion über die konkreten Forderungen für die nächste Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie soll erst im Januar 2010 beginnen, doch schon jetzt verkündete der IG Metall Vorsitzende Berthold Huber Anfang November in aller Öffentlichkeit Lohnverzicht. Er sprach davon, dass „die alte Formel: Inflation plus Produktivitätssteigerung gleich Tarifierhöhung in der größten Weltwirtschaftskrise an ihre Grenzen stößt“, da sich die Inflationsrate 2009 und 2010 zwischen 0,3 und 1 Prozent bewegen werde (wie schnell kann diese jedoch rapide ansteigen, wenn die Rettungsgelder für die Banken eingefordert werden) und wegen der Kurzarbeit in vielen Betrieben der Metallindustrie die Produktivität der Beschäftigten gesunken sei.

Kein Wort davon, wie viele Abgaben und Belastungen auf die abhängig Beschäftigten durch die sozialen Grausamkeiten der schwarz-gelben Regierung zukommen werden und dass Hunderttausende schon erhebliche Einbußen durch die Kurzarbeit hinnehmen mussten und deshalb dringend mehr Geld in der Tasche brauchen.

Vor fast genau einem Jahr klang das alles noch ganz anders. Auf einer Aktionskonferenz in Karlsruhe mitten in der letztjährigen Tarifrunde sagte Kollege Huber vor Tausenden von IG Metall-Mitgliedern: „Höhere Löhne sind die Voraussetzung dafür, dass die kriminelle Zockerei auf den Finanzmärkten nicht voll auf die Realwirtschaft durchschlägt.“ Und weiter: „Wir brauchen höhere Löhne, damit die Arbeitsplätze gesichert werden.“ Er warf den Unternehmern in Bezug auf die sich damals bereits in Gang befindliche Finanz- und Wirtschaftskrise sogar „Schwarzmalerei“ vor, um „faire Tarifverhandlungen“ zu verhindern. Nach dem Abschluss der Tarifrunde, die bekanntlich sehr zum Unmut der Metallbeschäftigten nicht die geforderten 8 Prozent als Ergebnis gebracht hat, sondern nicht einmal die Hälfte und eine längere Laufzeit, hatte Kollege Huber in der Mitgliedszeitschrift „metall“ vom Dezember 2008 noch einmal betont: „Den Arbeitgebern ist es nicht gelungen, sich als Lohndrücker zu betätigen“ Und weiter: „Wir haben die Kaufkraft gestärkt und Arbeitsplätze gesichert.“

Lob für Huber vom Kapital – Kritik von Seiten ver.di

Ein Jahr danach ist die Krise inzwischen so schlimm, dass diese Argumentation mit der Sicherung der Arbeitsplätze auch durch Schaffung von Binnennachfrage nicht mehr aufrechterhalten wird, Entgelterhöhungen scheinbar zweitrangig sind, und die Beschäftigungssicherung in den Vordergrund gerückt wird. Wer jetzt erwartet hatte, dass in diesem Zusammenhang in der Gewerkschaftsführung über eine radikale Arbeitszeitverkürzung nachgedacht wird, sieht sich bitter enttäuscht. Die Forderung an Kapital und Regierung ist, die Kurzarbeit über das Jahr 2010 hinaus zu verlängern und eine geförderte Altersteilzeit zu vereinbaren.

Für seine Ankündigung, keine hohen Lohnforderungen zu stellen, hat Huber natürlich von allen Kapitalvertretern großes Lob erhalten. Den KollegInnen in den Metallbetrieben und ihren berechtigten Interessen hat er allerdings einen Bärendienst erwiesen. Und nicht nur denen, denn die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst stehen angesichts des zu erwartenden Widerstandes der öffentlichen Arbeitgeber vor einer äußerst schwierigen Tarifrunde Anfang 2010 und brauchen dafür jede erdenkliche Solidarität der anderen Einzelgewerkschaften.

Der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske hat deshalb auch mit unverhohlener Kritik auf die Äußerungen Huber's reagiert und erklärt, dass „Lohnverzicht zu einer Zeit, in der wir uns am Rande einer Deflation bewegen, das Falscheste wäre, was man machen kann“.

Tarifrunde – Herausforderung für alle Gewerkschaften

Gerade in Zeiten der Krise wird jede Tarifrunde zu einer Herausforderung für alle Gewerkschaften. In den letzten Monaten gab es viel zu viel Lob für die Gewerkschaften von der falschen Seite, von Kapital und auch von der Regierung. Die Zurückhaltung vor allem bei der Erhöhung der Entgelte, die dieses Lob eingebracht hat, hat dazu geführt, dass in Deutschland die Reallöhne stärker zurückgegangen sind, als in anderen europäischen Ländern, die auch unter den Folgen der weltweiten Rezession leiden. Nicht zuletzt: Dieser „Wettbewerbsvorteil“ für das hiesige Kapital machte Deutschland mehrere Jahre hintereinander zum Exportweltmeister. Über diese Zusammenhänge sollte in den Gewerkschaften intensiver nachgedacht werden.

Das Vorpreschen des IG Metall-Vorsitzenden darf nicht das letzte Wort in der Frage der Entgelterhöhung sein. Es gilt, in den nächsten Wochen die Diskussion in den Gewerkschaften darüber zu führen, welche Forderungen angesichts der tiefen wirtschaftlichen Krise und der geplanten Angriffe notwendig sind, um den Lebensstandard der Beschäftigten zu verteidigen.

Klaus Kerner, Gewerkschaftliches Zukunftsforum Karlsruhe

Die Tageszeitung
jungeWelt

Sichtbar geworden - Lohnplus für Gebäudereiniger

Junge Welt, 30. Oktober 2009

Sie waren denkbar schlecht, die Ausgangsbedingungen für die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) im Tarifkonflikt der Gebäudereiniger. Von den nach Unternehmerangaben rund 860000 Beschäftigten waren vor der Auseinandersetzung nur etwa 57000 gewerkschaftlich organisiert. Die Branche ist durch prekäre Arbeitsverhältnisse geprägt: Mehr als die Hälfte putzt in Minijobs, 75 Prozent erhalten nicht mehr als den Mindestlohn. Darunter zu leiden haben vor allem Ausländer und Frauen – die etwa zwei Drittel der Beschäftigten stellen. Doch ein bedeutender Teil von ihnen hat seine Situation nicht einfach weiter ertragen, sondern sich gewehrt. Und das mitten in der größten Wirtschaftskrise seit acht Jahrzehnten. »Eine Krise ist für die Gewerkschaften nie



Magdeburg, 29. Oktober 2009: "So seh'n Sieger aus - scha la la la!" tönnte es aus den Kehlen von 70 streikenden Kolleginnen im Magdeburger Streiklokal, als die Ergebnisse des Spitzengesprächs bekannt gegeben wurden.

der Fanfarenstoß für Erfolge an der Entgeltfront«, hat IG-Metall-Chef Berthold Huber noch vor wenigen Tagen in der Stuttgarter Zeitung erklärt. Deshalb werde seine Organisation in der kommenden Tarifrunde »keine großen Entgeltforderungen« stellen. Die immer noch größte Einzelgewerkschaft der Welt, von deren Organisationsgrad die IG BAU in der Reinigungsbranche nur träumen kann, sollte sich an den Putzfrauen ein Beispiel nehmen. Sie haben gezeigt, dass der Weg zu kampflosem Verzicht auch in der Krise nicht vorgezeichnet ist.

Sicher, materiell ist der Tarifabschluss kein Durchbruch. Die 7 € pro Stunde im Osten und 8,55 € in Westdeutschland, die ab 2011 für diese körperlich extrem anstrengende Arbeit gezahlt werden, sind weiterhin unmenschlich. Dennoch kann die Bedeutung dieses Arbeitskampfes kaum hoch genug eingeschätzt werden. Viele Frauen, die in den Ausstand getreten sind, haben sich zum ersten Mal in ihrem Leben kollektiv zur Wehr gesetzt. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass sie etwas erreichen können, wenn sie sich zusammentun, sich organisieren und füreinander einsetzen. Sie haben

erlebt, dass sie nicht wehrlos sind. Das so gewonnene Selbstbewusstsein ist eine gute Grundlage, auf der die IG BAU aufbauen kann. Und auch für andere Gruppen prekär Beschäftigter, zum Beispiel das Bewachungsgewerbe, ist der Erfolg der Reinigungskräfte eine Ermutigung.

Die IG BAU hat es geschafft, die im Alltag »unsichtbaren« Putzfrauen sichtbar zu machen. Die Unterstützung weiterer Teile der Öffentlichkeit für die Anliegen der Streikenden hat eine entscheidende Rolle im Arbeitskampf gespielt. Daraus sollten alle Gewerkschaften Lehren ziehen. Manchmal ist es nicht der ökonomische Schaden, sondern der öffentliche, der die Gegenseite zu Zugeständnissen zwingen kann. Entsprechend tun die Gewerkschaften gut daran, gesellschaftliche Bündnisse einzugehen und Tarifkonflikte mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen zu begleiten. Das könnte auch für ver.di in der anstehenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes entscheidend sein.

Daniel Behruzi

Öffentlicher Dienst trägt Verantwortung Linke ver.di-Aktivist*innen wollen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei Tarifrunde und darüber hinaus zum Thema machen

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung soll in ver.di und darüber hinaus wieder Thema werden. Das durchzusetzen haben sich rund 60 Aktivist*innen der Dienstleistungsgewerkschaft vorgenommen, die am 11. Oktober auf Einladung der ver.di-Linken in Dortmund zusammengekommen sind. Schon in der laufenden Forderungsdiskussion zur Tarifrunde des öffentlichen Dienstes wollen sie diese Position einbringen.

Bundesweite Ver.di-Linke

www.labournet.de/diskussion/verdi/verdilinke.html

„Es war ein großer Fehler, das Thema Arbeitszeit über 20 Jahre lang faktisch nicht mehr zu besetzen“, so der Stuttgarter ver.di-Geschäftsführer Bernd Riexinger. Hierdurch seien die Beschäftigtenorganisationen in die Defensive geraten, mit der Folge einer Verlängerung und Entgrenzung von Arbeitszeiten. Riexingers Schlussfolgerung: „Wir brauchen eine gesellschaftliche Initiative und Kampagne für Arbeitszeitverkürzung.“ Erster Ansatz hierfür sei die anstehende Tarifrunde bei Bund und Kommunen. „In den nächsten Monaten wird es in der Privatwirtschaft zu einem dramatischen Zusammenbruch des Arbeitsmarkts kommen“, sagte der Gewerkschafter voraus. Der öffentliche Dienst habe die Verantwortung, gegenzusteuern und durch Arbeitsumverteilung neue Stellen zu schaffen. Dazu könne der Staat im Rahmen einer nicht nur tarif- sondern auch gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung gezwungen werden, in die andere Belegschaften, Erwerbslose und weitere Gruppen einbezogen werden. „Ich glaube, wir haben gute Chancen, uns in dieser Frage mit einem großen Teil der Bevölkerung zu verbünden“, sagte der Stuttgarter ver.di-Funktionär.

Riexinger betonte: „Bei der Arbeitszeitverkürzung spielt die Forderung nach vollem Lohnausgleich eine zentrale Rolle.“ Im öffentlichen Dienst seien die Realeinkommen in den vergangenen Jahren besonders stark gesunken. Daher könne für die Forderung nur mobilisiert werden, wenn sie nicht mit Gehaltseinbußen verbunden sei. David Matrai, Landesjugendsekretär bei ver.di Nieder-

sachsen-Bremen, erklärte: „Die Verkürzung der Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich ist Teil der Frage, auf wen die Krisenfolgen abgeladen werden.“ Für die Gewerkschaftsjugend werde im kommenden Tarifkonflikt die Übernahme nach der Ausbildung die entscheidende Rolle spielen, berichtete Matrai. Die Aussichten hierfür könnten durch eine Verkürzung der Arbeitszeiten aber deutlich verbessert werden.

Die Teilnehmer der Dortmunder Konferenz einigten sich in einer Resolution darauf, für die anstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ins Spiel zu bringen. Darüber hinaus wollen sie für eine weiterführende Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung eintreten, an der sich neben ver.di auch andere Gewerkschaften sowie der DGB beteiligen sollen.

Daniel Behruzi, Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di

Weitere Infos unter: www.arbeitszeitappell.de

arbeitszeitappell.de



Weitere Infos über die Gewerkschaftslinken und ihre örtliche Foren gibt es im Labournet unter: www.labournet.de/GewLinke

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain
Tel: 06182/782306 / E-Mail: HKroha@t-online.de
Redaktionsschluss: 12. November 2009

Soll so die Zukunft der IG-Metall aussehen? – Eine gewerkschaftspolitische Bankrotterklärung!

Zum Diskussionspapier „Projekt IG-Metall 2009“ von Detlef Wetzel (2. Vorsitzender der IG-Metall)

Detlef Wetzel, 2. Vorsitzender der IG-Metall, und damit rechte Hand und „designierter“ Nachfolger des derzeitigen Vorsitzenden Bertold Huber, hat ein „richtungweisendes“ Papier geschrieben, in dem er die langfristige Achse der künftigen IGM-Politik beschreibt. Das Papier bietet ein Forum für die weitere Entpolitisierung der IG-Metall. Es verliert sich in technokratischem und organisatorischem Klein-Klein, ohne auch nur den Ansatz einer politischen Vision.

Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen für die IG-Metall

In diesem kurzen Abschnitt des Papiers beklagt Wetzel zum x-ten Mal die Beendigung des sozialen Konsenses seitens des Kapitals. Statt aber auf diese Feststellung mit der Aufkündigung der Sozialpartnerschaft von Seiten der IG-Metall zu reagieren, behauptet er, dass die Kapitalseite ihr Selbstverständnis geändert habe, dass nämlich statt langfristiger Unternehmensentwicklung nur noch die kurzfristige Renditeerwartung (Shareholder-Value) im Vordergrund stehe. Als ob es jemals ein anderes grundlegendes Interesse des Kapitals gegeben hätte – oder geben könnte – als in der kürzest möglichen Zeit den Maximalprofit zu realisieren!

Projekt IG Metall 2009 – Diskussionspapier



Organisationspolitische Rahmenbedingungen für die IG-Metall

Auf die Frage, warum die IG-Metall seit Jahren ständig massiv Mitglieder verliert („So konnte die IG-Metall in den letzten 20 Jahren ihr Mitgliederpotenzial zunehmend weniger ausschöpfen“) bzw. diese Verluste nicht durch neue Mitgliedergewinnung kompensiert werden können und damit der Organisationsgrad auf 26,8 % (2008) gesunken ist, werden zwei völlig unzureichende und letztlich falsche Antworten gegeben:

Einerseits sei der „demographische Wandel“ mit Schuld an dieser Entwicklung (was heißt das eigentlich in diesem Zusammenhang?), andererseits die derzeitige tiefe ökonomische Krise, die ähnlich wie die Krise 1992-1995, gleichsam unabänderlich zu weiteren Mitgliederverlusten führen müsse. Über die Richtungsänderung der IG Metall in den vergangenen Jahrzehnten fällt kein Wort.

Das wird auch an folgendem Zitat deutlich: „Die Sozialpartnerschaft ist brüchig geworden, weil Tarifbindungen in Frage gestellt werden oder im Fall von „neuen Branchen“ ganz fehlen.“ Dass zur Tarifpolitik mindestens zwei Parteien gehören, eine die bisheriges in Frage stellt und eine andere, die dies zulässt und beispielsweise Tarifverträge für Leiharbeiter weit unter dem Existenzminimum unterschreibt, wird natürlich unterschlagen.

Bezeichnenderweise kommt im ganzen Papier die Frage der seit Jahrzehnten andauernden Massenerwerbslosigkeit, als einer der Hauptursachen der Schwächung von Gewerkschaften nicht vor. Folgerichtig kommt auch kein Vorschlag, mit welcher Zielrichtung

und mit welcher Strategie diese zu bekämpfen ist (nämlich durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung), ganz zu schweigen von einer Infragestellung des kapitalistischen Systems.

Es ist wirklich müßig und unnötig, sich an seinen einzelnen Vorschlägen struktureller Änderungen für die Gremien, die Verantwortlich- und Zuständigkeiten in der IG-Metall abzuarbeiten. Denn alle Änderungen laufen darauf hinaus, vor allem durch weitere Zentralisierung der wesentlichen Entscheidungsstrukturen die Krise der IG-Metall beheben zu können. Die Änderungen in den Organisationsstrukturen sollen mehr Raum für finanzielle/personelle Ressourcen zur Mitgliedergewinnung schaffen. Angeblich wurde bisher in der IG-Metall zu viel Gewicht (finanziell und personell) auf die Betreuung von bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen in den Betrieben und Büros gelegt. Diese Ressourcen sollen zumindest z. T. zugunsten der besseren und individuellen Mitgliedergewinnung („Erschließung“) umgeleitet werden.

Das Papier von Detlef Wenzel wird nichts zur Rückgewinnung gewerkschaftlicher Gegenmacht beitragen können. Im Gegenteil, es trägt zur Verwirrung der innergewerkschaftlichen Debatte, zur Vernebelung des grundsätzlichen Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit in den Köpfen gewerkschaftlicher FunktionärInnen bei und zur Ablenkung von den wirklich vor uns stehenden gewerkschaftlichen Herausforderungen angesichts der Krise!

Christiaan Boissevain (Münchener Gewerkschaftslinker, Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken)



Bundesweiter Bildungsstreik 2009

Bildungsstreik-Aufruf für einen „heißen Herbst“

Im Juni 2009 sind in über einhundert Städten 270.000 SchülerInnen, Studierende, Azubis, Lehrende und GewerkschafterInnen gemeinsam auf die Straße gegangen, um gegen die unzumutbaren Zustände im Bildungssystem zu protestieren. Trotz großer Aufmerksamkeit und kleinen Zugeständnissen hat sich nichts geändert – unsere zentralen Forderungen wurden nicht erfüllt.

Wir bleiben bei unserer Kritik! Wir machen weiter! Vom 17. November bis zum 10. Dezember rufen wir deshalb zu neuen Aktionen im Rahmen des bundesweiten Bildungsstreiks auf.

Unsere Bewegung ist nicht auf die Bundesrepublik begrenzt, wir stellen den Bildungsstreik in einen internationalen Zusammenhang und solidarisieren uns mit ähnlichen Protestbewegungen in anderen Ländern.

Weitere Infos unter: www.bildungsstreik.net